

Sebastian Heilmann

**Der XV. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas:
Wachsende politische Risiken der Wirtschaftsreform¹**

Vom 12. bis zum 18. September 1997 hielt die Kommunistische Partei Chinas ihren XV. Parteitag in Beijing ab. Die alle fünf Jahre stattfindenden Parteitage sind politische Großereignisse: Revisionen in ideologischen Grundsatzfragen, Neuorientierungen in der nationalen Entwicklungsstrategie und die Zusammensetzung der höchsten politischen Führungsgremien werden durch Parteitage bestimmt (siehe Tabelle „Parteitage“). Alle auf dem Parteitag zur Diskussion und Abstimmung gestellten Vorlagen werden von der höchsten politischen Führung sorgfältig vorbereitet. Monatelange Sondierungen, Konsultationen und interne Diskussionen gehen der kurzen Sitzungszeit des Parteitages voraus.

Tabelle: Parteitage der Kommunistischen Partei Chinas

Parteitag	Datum	Ort	Zahl der Delegierten	Parteimitglieder insgesamt
I.	Juli-August 1991	Shanghai	12	ca. 50
II.	Juli 1922	Shanghai	12	132
III.	Juni 1923	Guangzhou	30	432
IV.	Januar 1925	Shanghai	20	950
V.	April-Mai 1927	Wuhan	80	57.900
VI.	Juni-Juli 1928	Moskau	84	40.000
VII.	April-Juni 1945	Yan'an	544	1,2 Mio.
VIII.	September 1956	Beijing	1026	11 Mio.
IX.	April 1969	Beijing	1512	22 Mio.
X.	August 1973	Beijing	1249	28 Mio.
XI.	August 1977	Beijing	1510	35 Mio.
XII.	September 1982	Beijing	1575	40 Mio.
XIII.	Oktober 1987	Beijing	1936	46 Mio.
XIV.	Oktober 1992	Beijing	1989	51 Mio.
XV.	September 1997	Beijing	2048	58 Mio.

¹ Die Erstfassung dieser Analyse erschien in: *China aktuell*, September 1997, S. 857-865.

So wurde etwa mit der Abfassung des programmatischen Parteitageberichts, den Jiang Zemin präsentierte, schon im Herbst 1996 begonnen. Die verschiedenen Entwurfsvorlagen wurden im Ständigen Ausschuss des Politbüros mehrfach diskutiert und revidiert. Jiang präsentierte am 29. Mai persönlich die Grundzüge des Berichts vor ausgewählten Spitzenfunktionären an der Zentralen Parteschule in Beijing. Danach zirkulierte der Berichtsentwurf unter viertausend Personen verschiedenster Provenienz, um in möglichst umfassender Weise die Interessen, Einwände und Anregungen vielfältiger politischer Kräfte einzubeziehen. Einige Kerninhalte des Entwurfs wurden in den chinesischen Medien seit Frühsommer gezielt von politischen Beratern Jiang Zemins ventiliert. Ende August wurde der Parteitagebericht auf einer Tagung des Politbüros im Badeort Beidaihe abschließend diskutiert und gebilligt. (*Guangjiaojing*, 1997/9, S.7-8)

Auch personelle Veränderungen werden durch langwierige interne Sondierungen und Eignungsprüfungen vorbereitet. Mit der Auswahl politisch loyaler und integrierender Parteitage Delegierter war schon im letzten Herbst begonnen worden (siehe Übersicht in *China aktuell* 1997/8, S.737-738). Die Delegierten mußten im Vorfeld des Parteitages intensive Schulungen und Überprüfungen durchlaufen. Dennoch wurde in diesem Jahr noch kurz vor Eröffnung des Parteitages einer der Delegierten wegen schwerer Disziplinarvergehen von der Teilnahme ausgeschlossen, so daß sich 2.048 statt der ursprünglich vorgesehenen 2.049 Delegierten einfanden, die von 60 Sonderdelegierten mit Stimmrecht ergänzt wurden. (*Guangjiaojing*, 1997/9, S.6-7) Noch früher als die Suche nach geeigneten Parteitage Delegierten hatte der Auswahlprozeß für die Mitglieder des neuen Zentralkomitees der KPCh begonnen. Schon im August 1996 waren Parteigremien in ganz China dazu aufgerufen worden, Kandidaten für den Sitz im Zentralkomitee vorzuschlagen (siehe im Detail den Abschnitt „Parteitagswahlen mit chinesischen Besonderheiten“).

Ausgedehnte Konsultationsprozesse sind zu einem prägenden Merkmal der Amtsausübung durch die „Dritte Führungsgeneration“ um Jiang Zemin geworden. Daß solche Konsultationen notwendig sind, zeigt die gegenüber Mao oder Deng schwächere politische Autorität der jetzigen Führung und die wachsende Pluralität politischer Interessen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas. Diese aufwendige Art der politischen Willensbildung eröffnet Möglichkeiten zur geregelten Mitsprache allerdings nur für Repräsentanten der offiziellen politischen Eliten Chinas und nur in einem von der Parteispitze gesetzten Rahmen. Es handelt sich um einen konsultativen Autoritarismus, der zwar einen größeren Teil des politischen Interessenspektrums in China einbezieht als die autokratische Entscheidungsfindung unter Mao und Deng. Die offenere parteiinterne Willensbildung (die auch durch eine bemerkenswerte Diskussion über die Notwendigkeit politischer Reformen belegt wurde,

siehe *China aktuell* 1997/8, S.738-739) fand jedoch ihr Ende während des Parteitages, der auch diesmal lediglich als politische Bühne genutzt wurde, um eine sorgfältig orchestrierte Vorführung der „Einheit der Partei“ zu geben.

Jiang Zemins Bericht

Das programmatische Schlüsseldokument des Parteitages war der Bericht Jiang Zemings mit dem Titel „Das große Banner der Deng-Xiaoping-Theorie hochhalten und den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung allseitig zum 21.Jahrhundert vorantreiben“ (in voller Länge übersetzt in *Beijing Rundschau*, 1997/40, S.9-38). Jiang sprach darin zehn zentrale Punkte an, die im folgenden nur kurz skizziert werden können. Kernstück des Berichts sind die Abschnitte drei bis sechs, die die „Theorie Deng Xiaopings“, das „Anfangsstadium des Sozialismus“, die Reform des Wirtschaftssystems und die politische Strukturreform behandeln. Hier finden sich einige innovative Formulierungen, die sich auf die ideologische Neuorientierung, die Reorganisation des Staatssektors und den Ausbau der Basisdemokratie beziehen. Jiang legt damit allgemeine Richtlinien für die Tätigkeit von Partei und Regierung fest, die nun noch von den zuständigen Stellen im Detail ausgearbeitet werden müssen.

I. Zur Jahrhundertwende: Rückschau und Aussichten.

Nach einer knappen Rekapitulation der neueren chinesischen Geschichte aus der Sicht der kommunistischen Historiographie wies Jiang darauf hin, daß man sich vor der Jahrhundertwende großen Herausforderungen durch rasche technische Innovation und Globalisierung gegenübersehe, aber zugleich „noch nie dagewesene günstige Bedingungen und gute Chancen“ für Chinas Entwicklung bestünden. Als Ziele im nächsten Jahrhundert bekräftigte Jiang die Steigerung des Bruttosozialprodukts in drei großen Schritten bis zur Verwirklichung des Modernisierungsprogramms in den wesentlichen Punkten Mitte des nächsten Jahrhunderts.

II. Die Arbeit der letzten fünf Jahre.

Unter diesem Punkt präsentierte Jiang eine positive Bilanz der Arbeit der Parteiführung seit dem letzten Parteitag 1992 und wies auch auf die „merkliche Erhöhung“ der internationalen Stellung Chinas hin. Seit 1992 seien entscheidende Schritte auf dem Weg zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ gemacht worden. Durch die Wiedergewinnung der Souveränität über Hongkong habe „sich die chinesische Nation von ihrer 156jährigen Schmach reingewaschen“. Auf Schattenseiten

der Reformpolitik ging Jiang ebenfalls ein: Das Volk sei mit der Arbeit der Partei nicht in allen Punkten zufrieden, die Einkommensverteilung sei noch nicht gerecht, die ungleichmäßige regionale Entwicklung sei unbefriedigend, außerdem litten die natürlichen Ressourcen und die Umwelt Chinas unter dem Druck von Bevölkerungswachstum und Wirtschaftsentwicklung.

III. Der historische Status und die anleitende Bedeutung der Deng-Xiaoping-Theorie.

„Mao-Zedong-Ideen“ und „Deng-Xiaoping-Theorie“ wurden von Jiang gemeinsam als „Kristallisation der praktischen Erfahrungen und der kollektiven Weisheit der Partei und des Volkes“ gekennzeichnet. Die „Deng-Xiaoping-Theorie“ sei eine Verbindung des Marxismus mit der Praxis des heutigen China und den Besonderheiten unserer Zeit. Sie habe mit „alten Konventionen“ gebrochen und „einen neuen Horizont im Marxismus eröffnet“. Denn „das starre Festhalten an überlieferten Formen und Gewohnheiten“ könne zu „Rückständigkeit und sogar zum Scheitern“ führen. Die „Deng-Xiaoping-Theorie“ sei „ein neues, wissenschaftliches System der Theorie über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung“ und müsse deshalb im Parteistatut neben Marxismus-Leninismus und Mao-Zedong-Ideen verankert werden.

Deng Xiaoping und seine „Theorie“ spielten in Jangs Bericht eine zentrale Rolle; Mao-Zedong-Ideen und Marxismus-Leninismus traten deutlich dahinter zurück, wie eine Analyse der Begriffsfrequenz zeigt:

Begriffsfrequenz in Jangs Bericht

Deng Xiaoping	22
„Deng-Xiaoping-Theorie“	40
Mao Zedong	4
„Mao-Zedong-Ideen“	14
„Sozialismus“	182
„Marxismus“	25
„Marxismus-Leninismus“	15

Quelle: CNA, No.1594, 1.10.1997, S.5

Mit der Verankerung der „Deng-Xiaoping-Theorie“ im Parteistatut wurden die seit dem VII. Parteitag der chinesischen Kommunisten 1945 unveränderten ideologischen Bezugspunkte im Programmteil des Statuts erstmals ergänzt.

IV. Die Grundlinie und das Programm für das Anfangsstadium des Sozialismus.

Unter diesem Punkt griff Jiang auf ein Konzept zurück, das bereits auf dem XIII. Parteitag (damals stand die Partei unter der Leitung des 1989 abgesetzten Zhao Ziyang) zur ideologischen Rechtfertigung von unkonventionellen Reformmaßnahmen gedient hatte. China befinde sich im „Anfangsstadium des Sozialismus, nämlich im Stadium der Unterentwicklung“. Jiang zitierte hier ausführlich

Deng Xiaopings klassische Sätze: „Was wir jetzt machen, ist etwas, von dem Marx nie geredet hat, und etwas, was von unseren Vorgängern und anderen sozialistischen Ländern nie getan wurde. Deshalb gibt es keine Präzedenzfälle, von denen wir lernen könnten. Wir können nur in der Praxis lernen und den Weg, den wir gehen werden, ertasten“. Die Entwicklung zu einem voll entwickelten sozialistischen System („sozialistische Wirtschaft chinesischer Prägung“, „sozialistische Politik chinesischer Prägung“, „sozialistische Kultur chinesischer Prägung“), so Jiang, werde „mindestens einhundert Jahre dauern“. In dieser Periode müsse man stets an den „Vier Grundprinzipien“ (Führungsrolle der Partei, sozialistischer Weg, „Demokratische Diktatur des Volkes“, Marxismus-Leninismus/Mao-Zedong-Ideen) festhalten und „vor Infiltrations-, Umsturz- und Spaltungsaktivitäten der in- und ausländischen feindlichen Kräfte auf der Hut sein“.

V. Wirtschaftsstrukturreform und Strategie für die Wirtschaftsentwicklung.

Mit diesem für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zentralen Punkt sprach Jiang unter anderem an: die „Regulierung und Verbesserung der Eigentumsstruktur“; die Beschleunigung der Reform der staatseigenen Betriebe durch Umwandlung in Aktiengesellschaften, Fusionen und Konkurse; die Rolle des Marktmechanismus und der Öffnung nach außen. Grundsätzlich könnten, so Jiang, alle Eigentumsformen, die den „Drei Kriterien“ (Beitrag zur Entwicklung der Produktivkräfte, zur Erhöhung der umfassenden nationalen Stärke und zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung) entsprechen, in den Dienst des Sozialismus gestellt werden. Deshalb sei eine stärkere Differenzierung und Streuung der Eigentumsrechte möglich, ohne die dominierende Stellung des Gemeineigentums zu zerstören. Das Aktiensystem könne als „Form der Kapitalorganisation moderner Betriebe“ sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus genutzt werden. Bei der „strategischen Reorganisation“ der Staatsbetriebe werde sich zwar die Freisetzung von Arbeitern und Angestellten schwer vermeiden lassen. „Aber im Grunde genommen ist das der wirtschaftlichen Entwicklung dienlich und entspricht den langfristigen Interessen der Arbeiterklasse“. Im Hinblick auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen versprach Jiang, „mit großem Engagement bei der regionalen Wirtschaftskooperation und am Globalsystem des multilateralen Handels“ mitzuwirken und darüber hinaus „die Rechte und Interessen der Unternehmen mit Auslandskapital“ gesetzlich zu schützen und diese Unternehmen „wie chinesische Unternehmen“ zu behandeln (siehe auch Übersichten „Binnenwirtschaft“).

VI. Die Reform der politischen Struktur und der Aufbau des demokratischen Rechtssystems.

Jiang erteilte der „Kopie westlicher politischer Modelle“ eine Absage und bekräftigte das Festhalten an den Prinzipien der Parteiherrschaft. Zugleich wies Jiang aber auf Reformnotwendigkeiten im

politischen und rechtlichen System hin. In einer Passage formulierte Jiang eine neue Initiative zur politischen Reform: „Wir werden den Wirkungsbereich der Demokratie auf Basisebene erweitern und gewährleisten, daß das Volk direkt seine demokratischen Rechte ausübt, gesetzlich seine eigenen Angelegenheiten regelt und für sich selbst ein glückliches Leben schafft... Die Grundorgane der staatlichen Macht [das sind die Verwaltungseinheiten auf Gemeindeebene; auf dieser Ebene fanden bislang keine Direktwahlen der Verwaltungsleitung statt] und Massenorganisationen der Selbstverwaltung [das sind Dorfkomitees und städtische Einwohnerkomitees; in den meisten Dörfern Chinas werden Direktwahlen der Dorfleitung praktiziert] in Stadt und Land sollen das System der demokratischen Wahl vervollkommen und ihre politischen Aktivitäten und finanziellen Angelegenheiten öffnen, so daß das Volk die Möglichkeit hat, sich direkt an Diskussion und Entscheidung über lokale öffentliche Angelegenheiten und Wohlfahrt auf der Basisebene zu beteiligen und die demokratische Überwachung der Funktionäre auszuüben“.

Von einem Funktionär des Ministeriums für zivile Angelegenheiten, das für die Organisation der ländlichen Wahlen zuständig ist, wurden Jangs Vorschläge als „Durchbruch“ und als „Bestätigung des Wahlsystems an der Basis“ gepriesen. (*Asian Wall Street Journal*, 15.9.1997; *Asiaweek*, 26.9.1997, S.54) Reformen des politischen Systems, die im Vorfeld des Parteitages innerhalb der Führung und in Tagungen an der Zentralen Parteischule in Peking lebhaft diskutiert wurden (etwa eine Stärkung der Aufsichtsbefugnisse der Volkskongresse und der Unabhängigkeit der Justiz), kamen in Jangs Rede nicht mehr zur Sprache.

VII. Die Entwicklung der sozialistischen Kultur chinesischer Prägung.

Zu diesem Punkt siehe die Analyse in den Übersichten zu „Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur“ in diesem Heft.

Unterpunkt: Landesverteidigung und Armeeaufbau. Zwischen den beiden Hauptpunkten VII und VIII ging Jiang in einem kurzen Exkurs auf Fragen der militärischen Modernisierung ein. Er forderte die Armee dazu auf, bedingungslos an der „absoluten Führung der KPCh“ festzuhalten und die Verteidigungsstärke durch qualitative Verbesserung in Ausrüstung und Ausbildung zu erhöhen. In den nächsten drei Jahre werde das Armeepersonal um weitere 500.000 Mann reduziert.

VIII. Vorantreiben der friedlichen Wiedervereinigung des Mutterlandes.

Jiang zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ablauf der Souveränitätsübernahme in Hongkong und den Vorbereitungen zur Rücknahme Macaos. Im Hinblick auf die Taiwan-Frage verdeutlichte Jiang die chinesische Position: „Wir bemühen uns darum, mit friedlichen Methoden die Wiedervereinigung

zu verwirklichen. Aber wir können nicht versprechen, auf Gewaltanwendung zu verzichten. Diese würde sich unter keinen Umständen gegen die Landsleute auf Taiwan richten, sondern gegen die Versuche ausländischer Kräfte, sich in die Wiedervereinigung Chinas einzumischen und die 'Unabhängigkeit Taiwans' zu fabrizieren“. Sonst aber gelte: „Alles, was dem 'Ein-China-Prinzip' entspricht, kann am runden Tisch [zusammen mit den taiwanesischen „Behörden“] verhandelt werden“.

IX. Weltlage und Außenpolitik.

Jiang gab ein überwiegend positives Bild der aktuellen Weltlage: Frieden, Entwicklung und Kooperation stellten die Haupttendenzen dar, auch wenn die „Mentalität des Kalten Krieges“ immer noch in manchen Ländern vorherrsche. China werde „unerschütterlich eine unabhängige Außenpolitik des Friedens befolgen“ und zu diesem Zwecke die Mitarbeit in multilateralen Dialogen und Organisationen weiter verstärken.

X. Die Kommunistische Partei Chinas geht dem neuen Jahrhundert entgegen.

Zum Schluß ging Jiang auf die Frage des „Parteiaufbaus“ ein. Die Partei müsse sich durch eine personelle Erneuerung und organisatorische Straffung auf das nächste Jahrhundert vorbereiten. „Die Bekämpfung der Korruption ist ein schwerwiegender politischer Kampf, von dem Gedeih oder Verderb der KPCh und des Staates abhängt“. Deshalb sei die Stärkung der Parteidisziplin durch ideologische Schulung und konsequente Aufsicht vorrangig. Die Rede endete mit dem Aufruf, sich um „das Banner der Deng-Xiaoping-Theorie“ und um die Parteizentrale zu scharen, um für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung im nächsten Jahrhundert zu kämpfen.

Parteitagswahlen mit chinesischen Besonderheiten

Eine der wichtigsten Aufgaben von Parteitag ist die Wahl des Zentralkomitees der Partei bzw. die Bestätigung der Kandidatenlisten, die von der Parteiführung vorgelegt werden. Der diesjährige Parteitag zeigte, welch einen Aufwand die politische Führung treibt, um ein möglichst ausgewogenes (die wichtigsten Interessenblöcke müssen repräsentiert sein) und doch zugleich politisch zuverlässiges (die Zustimmung zu Vorschlägen der Parteispitze muß gesichert sein) Zentralkomitee zu erreichen. Wie das neue Zentralkomitee der KPCh zustandekam, läßt sich aus vereinzelt in den offiziellen Parteimedien (RMRB, 18.9. und 19.9.1997) sowie in Beijing-nahen Hongkonger Zeitschriften ziemlich genau ermitteln. Mindestens acht Schritte lassen sich unterscheiden:

1. Seit August 1996 wurden in allen hochrangigen Parteiorganen Chinas „demokratische Empfehlungen“ (*minzhu tuijian*) für ZK-taugliche Parteimitglieder abgegeben und deren Namen über die Organisationsabteilungen an die Beijinger Parteizentrale weitergeleitet. Mehr als 16.000 Parteikader sollen auf diese Weise für eine ZK-Mitgliedschaft vorgeschlagen worden sein.
2. Untersuchungsgruppen (*kaochazu*) der Partei sollen in einem zweiten Schritt mit mehr als 12.000 der Vorgeschlagenen Gespräche geführt und die potentiellen Kandidaten auf ihre politische Integrität und fachliche Qualifikation hin befragt haben.
3. Die Zahl der potentiellen Kandidaten wurde so weit reduziert, daß das Politbüro der KPCh auf seinen Sitzungen in Beidaihe im Sommer 1997 eine vorläufige Wahlvorschlagsliste (*yubei renxuan jianyi mingdan*) der potentiellen ZK-Mitglieder festlegen konnte.
4. Diese Wahlvorschlagsliste wurde von den Delegierten in den 36 Parteitagsdelegationen (die Bewaffnete Volkspolizei erfuhr hierbei eine deutliche politische Aufwertung, da sie erstmals eine eigenständige Delegation stellen konnte) unter Leitung der jeweiligen Delegationsvorsteher diskutiert. Diese Beratungen begannen am 15. September und dauerten bis zum nächsten Tag.
5. Die Liste wurde daraufhin vom Parteitagspräsidium (*zhuxituan*) nochmals überarbeitet.
6. Die überarbeitete Kandidatenliste wurde den Parteitagsdelegierten sodann zur „Vorwahl“ (*yuxuan*) in den einzelnen Delegationen unterbreitet, wobei die Zahl der nominierten Kandidaten die der verfügbaren Sitze im ZK überstieg (*cha e yuxuan*). Diese „Vorwahlen“ fanden am Nachmittag des 16. und am Vormittag des 17. September statt und erforderten nahezu einen vollen Tag der sowieso schon kurzen Tagungszeit.
7. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus den „Vorwahlen“ revidierte und reduzierte das Parteitagspräsidium die Kandidatenliste und leitete sie nochmals an die Delegationen zur nicht-öffentlichen „Beratung“ (*yunniang*) weiter.
8. Nach nochmaligen Nachbesserungen wurde die Liste am letzten Tag des Parteitages schließlich den Delegierten zur „offiziellen Wahl“ (*zhengshi xuanju*) unterbreitet, die de facto nur noch eine Bestätigung der zuvor in so aufwendigen Sondierungen erstellten Kandidatenliste brachte. Hier handelte es sich wohl um eine Wahlliste, die genauso viele Kandidaten wie verfügbare Mandate aufwies (*deng e xuanju*).

Die umständliche Konsultationspraxis, die von beständigen Appellen an die Parteidisziplin und von politischem Druck in Delegations- und Einzelgesprächen begleitet wird, belegt, wie vorsichtig die Parteiführung mit den Parteitagsdelegierten inzwischen umgehen muß: Die Parteitagsdelegierten lassen sich nicht mehr einfach als „Stimmvieh“ benutzen und unterwerfen sich nicht mehr ohne

weiteres der früher eisernen Parteidisziplin. Die "Probewahlgänge" sollen der Parteispitze zur Orientierung über die Abstimmungslage im Plenum und zur Aufstellung einer möglichst konsensfähigen Kandidatenliste dienen. Nur auf diese aufwendige Weise meint die Parteiführung offenbar vor unangenehmen Überraschungen in den Personalabstimmungen gefeit zu sein.

Die Verteilung der Stimmen in den Parteitagswahlgängen wurde von den offiziellen Medien, wie gewohnt, nicht veröffentlicht. Sensationsorientierte Berichte über die Wahlergebnisse in einigen Hongkonger Medien (etwa in *Zhengming*, 1997/10, S.9) erscheinen aufgrund ihrer dubiosen Quellen kaum glaubwürdig. Es gibt aber mehrere Hinweise darauf, daß insbesondere die von Jiang Zemin geförderten Vertreter Shanghais (etwa Wu Bangguo und Huang Ju) in den ZK-„Vorwahlen“ so schlecht abschnitten, daß eine Aufnahme in den Ständigen Ausschuß des Politbüros nicht mehr in Frage kam. (SCMP, 22.9.1997) Auch haben hoch gehandelte Kadersprößlinge wie der erfolgreiche, aber umstrittene Bürgermeister von Dalian, Bo Xilai (Sohn des Veteranen Bo Yibo), offenbar in den „Vorwahlen“ so schlecht abgeschnitten, daß eine Aufnahme in das Zentralkomitee dem Parteitagspräsidium nicht mehr durchsetzbar erschien. Es bleibt abzuwarten, ob im nachhinein noch detailliertere und verlässlichere Informationen über den Ausgang der Personalabstimmungen an die Öffentlichkeit geraten werden. (Zur Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees mit seinen 193 Vollmitgliedern und 151 Kandidaten siehe die Analyse von Liu Jen-Kai sowie die Angaben unter „China Monthly Data“ in diesem Heft.)

Qiao Shis Ausscheiden

Großes Aufsehen erregte nach Veröffentlichung der offiziellen ZK-Namensliste die Nachricht, daß die bisherige Nummer 3 im Ständigen Ausschuß des Politbüros, der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses Qiao Shi, nicht einmal mehr im neu gewählten Zentralkomitee vertreten sein würde. Seit Mai hatten sich die Gerüchte verdichtet, daß sich die Parteiführung über die Zusammensetzung des Politbüros nicht hatte abschließend einigen können. Insbesondere Qiao Shi soll mit den personalpolitischen Vorstellungen Jiang Zemins und Li Pengs nicht einverstanden gewesen. Deshalb sei Qiao, so die in den meisten westlichen Medien verbreitete Interpretation, in einem klassischen „Machtkampf“ ausmanövriert worden.

Das Ausscheiden Qiaos aus dem Ständigen Ausschuß des Politbüros und aus dem Zentralkomitee kam allerdings keineswegs völlig überraschend. Japanische Zeitungen hatten schon Tage zuvor über

ein wahrscheinliches Ausscheiden von Qiao berichtet. (Mainichi Shimbun, Tokyo, 8.9.1997, zit.n. SWB, 10.9.1997) Als Qiao in der Fernsehberichterstattung über den Parteitag nach der Eröffnungsveranstaltung kaum noch auftauchte (im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros), wurde es immer wahrscheinlicher, daß er sich im Ständigen Ausschuß nicht mehr würde halten können.

Wie kam es zum Ausscheiden Qiao Shis aus den höchsten Parteiämtern? Es kursieren mehrere Versionen, die auf folgende gemeinsame Punkte hinauslaufen: Es gab Unstimmigkeiten zwischen Qiao einerseits und Jiang Zemin/Li Peng andererseits; Qiao wurde unter Verweis auf die Verjüngungspolitik in eine schwierige Position manövriert; Qiao wurde jedoch nicht vom Politbüro kurzerhand abgesetzt, sondern hat seinen Rücktritt selbst angeboten.

Version 1: Ein gezielter Schritt Qiao Shis.

Nach einem Bericht der Beijing-nahen Hongkonger Zeitschrift *Jingbao yuekan* (1997/10, S.26-27) hat Qiao Shi im Vorfeld des Parteitages sein Rücktrittsgesuch damit begründet, daß es der Verjüngung der Parteiführung und damit einer reibungslosen Erneuerung der höchsten Parteiorgane dienlich sei; außerdem sei er durch Krankheit zusehends geschwächt (in der Tat bestätigten westliche Diplomaten in Beijing, daß Qiao bei offiziellen Empfängen seit Frühjahr des Jahres einen kränklichen und auch unkonzentrierten Eindruck gemacht habe). Qiao habe durch diesen „selbstlosen“ Rückzug seine persönliche Integrität bewiesen und dann mit größerer Unabhängigkeit darauf hinwirken können, daß Wei Jianxing und Li Lanqing – an Stelle von Jiang Zemins Shanghai-Wunschkandidaten Wu Bangguo und Huang Ju – in den Ständigen Ausschuß des Politbüros aufgenommen wurden.

Version 2: Qiao Shi unter Zugzwang.

Das Hongkonger Journal *Zhengming*, dessen auf vielfältige Gerüchte gestützte China-Berichterstattung sich jüngst häufiger als unzuverlässig erwiesen hat, schildert die Hintergründe des Falles Qiao Shi mit anderen Nuancen. (ZM, 1997/10, S.7-9) Dieser Version zufolge ist die Entscheidung über Qiaos Rücktritt erst auf einer dreitägigen erweiterten Sitzung des Politbüros Anfang September gefallen. Während der Sommerkonferenzen der Parteiführung in Beidaihe hätten die Politbüromitglieder Liu Huaqing und Zou Jiahua aus Altersgründen ihre Rücktrittsgesuche unterbreitet, um die Verjüngung des Führungsgremiums zu ermöglichen. Da der 73jährige Qiao Shi aber sogar zwei Jahre älter ist als Zou Jiahua, sei Qiao in Zugzwang geraten und habe sich dem Rücktrittsgesuch der beiden anderen spontan angeschlossen. Der 71jährige KP-Generalsekretär Jiang

Zemin, den die Diskussion über die Altersgrenze ebenfalls unter Druck setzte, sei hingegen auf Fürsprache von mehreren Politbüromitgliedern als unverzichtbarer, stabilisierender „Kern“ der Parteiführung von den Rücktrittsplänen ausgenommen worden.

Version 3: Ein Manöver von Jiang Zemin und den Parteiveteranen.

In einer dritten Version, die die *South China Morning Post* in Berufung auf „diplomatische Quellen“ verbreitete (SCMP, 20.9.1997), wurde die Entscheidung über Qiaos Rücktritt erst während des Parteitages auf einer streng geheimgehaltenen erweiterten Sitzung des Politbüros getroffen. Jiang habe auf dieser Sitzung – nach zuvoriger Absprache mit den Parteiveteranen Bo Yibo, Wan Li und Yang Shankun – dargelegt, daß man sich aufgrund interner Unstimmigkeiten noch nicht auf eine Liste der ZK- und Politbüro-Kandidaten habe einigen können. Dieser Vorstoß sei vor allem gegen Qiao Shi gerichtet gewesen, der sich den personalpolitischen Vorstellungen Jiang Zemins und Li Pengs nicht fügen wollte. Überraschend habe der Parteiveteran Bo Yibo dann die Verjüngung des Politbüros ins Spiel gebracht und Qiao damit indirekt unter Druck gesetzt. Da Qiao sich dem Verjüngungsplan gegenüber schwerlich verweigern konnte, habe er von sich aus seine Bereitschaft zum Rücktritt erklärt. Jiang Zemin habe sich aus rein taktischen Gründen zunächst diesem Schritt angeschlossen. Die Parteiveteranen hätten jedoch sofort erklärt, daß man auf Jiang Zemin als „Kern“ der Parteiführung in keinem Falle verzichten könne.

Welche Version kann die größte Wahrscheinlichkeit beanspruchen? Vom Zeit- und Entscheidungsablauf her scheidet Version 3 wohl aus, die Versionen 1 und 2 können hier eine größere Wahrscheinlichkeit beanspruchen. Denn die Entscheidung über Qiaos Rücktritt ist mit Sicherheit schon vor Beginn des Parteitages getroffen worden und hat nicht zu einer offenen Feindschaft mit Jiang Zemin geführt. Dies wurde deutlich durch einige Besonderheiten der Parteitagsberichterstattung: Beim Einzug des Politbüros zu Beginn des Parteitages ließ Jiang Zemin Qiao Shi neben bzw. direkt hinter sich laufen (obwohl eigentlich Li Peng die Nummer 2 in der Parteihierarchie ist) und unterhielt sich nach seiner Parteitagsrede fast zwei Minuten lang angeregt mit dem neben ihm sitzenden Qiao. (ZM, 1997/10, S.8, sowie Berichterstattung im chinesischen Fernsehen) Jiang Zemin gab Qiao Shi auf diese Weise „Gesicht“ und vermied eine öffentliche Bloßstellung Qiaos, der auch nach dem Parteitag regelmäßig in den chinesischen Medien auftreten kann. Dies allein macht deutlich, daß es sich nicht um einen bis aufs Messer geführten, „heißen“ Machtkampf im Stile alter Kreml-Legenden handelte (diese Interpretation ist bei westlichen Journalisten weiterhin äußerst beliebt) ,

sondern um ein „kaltes“ Manöver ohne lauten Streit, das sich gar nicht so grundlegend beispielsweise von Personalkonflikten an der Spitze westlicher Parteiorganisationen unterscheidet.

Eindeutig ist weiterhin, daß der Veteran Bo Yibo (der als Sonderdelegierter auf Einladung der Partei am Parteitag mit Stimmrecht teilnahm) eine ganz wichtige Rolle gespielt und Jiang Zemin entscheidend unterstützt hat. Hier könnte Version 3 der Wahrheit nahe kommen. So wurde zum Ende des Parteitages in den Parteimedien ein großes Farbfoto gedruckt, das zeigt, wie der gebrechliche Bo Yibo dem strahlenden Jiang Zemin die Hand zur Gratulation schüttelt und Jiang somit gleichsam den Segen der Revolutionsveteranen erteilt. Darüber hinaus hatte das Staatsfernsehen unmittelbar nach Beendigung des Parteitages ein „Interview“ mit dem 89jährigen Bo Yibo in voller Länge gesendet (de facto las Bo eine vorbereitete Stellungnahme vor laufenden Fernsehkameras ab), in dem Bo den Parteitag als „sehr erfolgreich“ lobte und zur strikten Loyalität gegenüber dem Zentralkomitee der Partei „mit Jiang Zemin als Kern“ aufrief. (RMRB, 19.9.1997) Jiang hat mit großem Geschick die Beziehungen zu den verbliebenen Altrevolutionären kultiviert und für seine politischen Ziele zu nutzen verstanden. Der Segen der Veteranen ist für Jiang Zemin ein wichtiges politisches Kapital.

Die bedeutendste politische Konsequenz des Ausscheidens von Qiao Shi besteht darin, daß sich die Integrationskraft der amtierenden Parteispitze zweifellos vermindern wird: Die erstarkenden Kräfte in der Partei, die auf durchgreifende Reformen des politischen und rechtlichen Systems dringen, sind nun an der Parteispitze gar nicht mehr repräsentiert. Dies kann zu einer Herausforderung für Jiang Zemin werden, der diese Kräfte ohne Qiao nicht mehr in die politische Verantwortung einbinden kann. Auch bleibt abzuwarten, wie sich der Nationale Volkskongreß im nächsten Jahr während und nach der Verabschiedung Qiaos verhalten wird. Qiao hat sich in den neunziger Jahren nachdrücklich für eine Aufwertung des Volkskongreßsystems eingesetzt und verfügt deshalb dort über eine starke Hausmacht. Es ist fraglich, ob die in den Volkskongressen vertretenen reformorientierten Kräfte ohne weiteres einen Kader stalinistischer Provenienz wie Li Peng akzeptieren werden.

Als wenig geschickt erwies sich die Parteiführung in der öffentlichen Behandlung des Rücktritts von Qiao Shi: Es gab keine Erklärung, keine offizielle Verabschiedung. Dies trug nicht nur zu ausufernden Spekulationen in den westlichen Medien, sondern auch zur Verunsicherung in Beijinger Partei- und Regierungskreisen bei (dies zeigten mehrere Interviews des Autors in Beijing während des Parteitages). Das Augenmerk wird nun darauf zu richten sein, ob und in welcher Form im

kommenden März nach dem Rücktritt vom Amt des NVK-Vorsitzenden eine öffentliche Würdigung der politischen Verdienste Qiao Shis vorgenommen wird.

Die neuen Kräfteverhältnisse in der Parteiführung

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß sich mit dem Ausscheiden Qiao Shis die von Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji gebildete Führungsachse nun endgültig an der Parteispitze durchgesetzt hat. Jiang Zemin hat dank großen taktischen Geschicks seine Position als Erster Mann in Partei, Staat und Militär konsolidiert. Spitzenfunktionäre wie Qiao Shi und Admiral Liu Huaqing, die gegenüber Jiang Zemin unabhängige politische Positionen beanspruchten, mußten ihre Plätze im Ständigen Ausschuß des Politbüros aufgeben.

Den Parteitag allerdings als eindeutigen Sieg Jangs zu deuten, wie es viele westliche Medien taten, wäre ein Trugschluß: Nur die enge Zusammenarbeit mit Ministerpräsident Li Peng ermöglicht es Jiang, seine herausragende Stellung zu behaupten. Li Peng hat alle Anfechtungen nach 1989, sogar einen schweren gesundheitlichen Rückschlag im Jahre 1993 (angeblich ein Herzinfarkt), überstanden. Mit Li Peng ist im Beijinger Machtzentrum, entgegen verbreitetem Wunschdenken im Westen, weiterhin zu rechnen, auch wenn er im kommenden März verfassungsgemäß nach zwei Amtsperioden die Position des Ministerpräsidenten abgeben muß. Li Peng selbst rückt mit hoher Wahrscheinlichkeit an die Spitze des Nationalen Volkskongresses und wird zweifellos versuchen, sich dort eine weitere Machtbasis neben seiner sehr starken Stellung in der Regierungszentrale aufzubauen.

Die neuen Führungsorgane der Partei wurden auf der *1. Plenartagung des XV. Zentralkomitees* gewählt, das unmittelbar nach Abschluß des Parteitages am 19. September zusammentrat. Das Plenum bestätigte Jiang Zemin als ZK-Generalsekretär und wählte die sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros sowie die 22 Vollmitglieder und zwei Kandidaten des Politbüros. Darüber hinaus bestätigte das Plenum die vom Ständigen Ausschuß des Politbüros vorgeschlagenen Mitglieder des ZK-Sekretariats (dieses Organ leitet die ständige Arbeit der Parteizentrale) und entschied über die Zusammensetzung der ZK-Militärkommission (diese ist das höchste militärische Führungsorgan der VR China). Außerdem billigte das Plenum die auf dem ersten Plenum der neubestellten ZK-Disziplinarkommission gewählten Sekretäre und Mitglieder des Ständigen Ausschusses dieses Organs (siehe Textkästen zu den Personalien). (RMRB, 20.9.1997)

Der Wirtschaftsfachmann Zhu Rongji, der offensichtlich gute Arbeitsbeziehungen mit Jiang Zemin und Li Peng pflegt, wird als neue Nummer 3 in der Parteihierarchie im März 1998 Nachfolger Li Pengs als Premier. Zhu hegt ehrgeizige Pläne zur Reform des Regierungsapparates und zur Ersetzung der älteren Planungsbürokraten durch jüngere, zum Teil im Ausland ausgebildete Finanzspezialisten und Wirtschaftswissenschaftler.

Die beiden Neulinge im Ständigen Ausschuß des Politbüros, Wei Jianxing und Li Lanqing, stehen für die politische Aufwertung zweier unbewältigter Aufgaben: Korruptionsbekämpfung und Ausbau des Bildungssystems. Li Lanqing, der keiner Strömung in der Parteiführung eindeutig zuzuordnen ist, aber als durchsetzungsfähiger Politiker gilt, wird im Ständigen Ausschuß für die Außenwirtschaftspolitik und für die Modernisierung des Bildungswesens zuständig sein. In beiden Bereichen verfügt Li über einschlägige Erfahrungen. Die Außenwirtschaftspolitik (Handelskonflikte mit den USA, Beitritt zur Welthandelsorganisation) gilt als sehr wichtiges Ressort. Daß Bildungsfragen nun auf einer so hohen Ebene der politischen Entscheidungsfindung verankert sind, ist ein Bekenntnis zur Erneuerung des von vielfältigen Struktur- und Finanzproblemen geplagten chinesischen Bildungswesens.

Mit Wei Jianxings Aufstieg wird *de facto* eine Aufwertung der Disziplinarkontrollkommission des Zentralkomitees, die Wei leitet, vorgenommen. Wei besitzt nun die notwendige politische Autorität, um auch Spitzenfunktionäre in Ministerien, Provinzregierungen und Armee einem Disziplinarverfahren zu unterziehen. In der Tat kündigte Wei sofort nach dem Parteitag entschiedene Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung insbesondere unter Führungskadern an. Besondere Aufmerksamkeit solle den „Schlupflöchern“ in Gesetzen und Verordnungen gelten, die dem Mißbrauch Tür und Tor öffneten. Auch sollen die Ermittlungsbefugnisse der Disziplinarkontrollkommission und des Ministeriums für Behördenaufsicht ausgeweitet werden (XNA, 23.9.1997; SCMP, 23.9.1997) Man wird abwarten müssen, ob solche Absichtserklärungen zu konkreten Maßnahmen und Erfolgen führen werden.

Während die Zahl der Sitze im Entscheidungskern des Politbüros, dem Ständigen Ausschuß, unverändert blieb, stieg die Zahl der Vollmitglieder des Politbüros von zuvor 19 auf 22. Sieben neue Mitglieder wurden ins Politbüro eingeführt, darunter eine Reihe von Kadern, die als von Jiang Zemin und Li Peng gefördert gelten: die Generäle Zhang Wannian (Stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Militärkommission) und Chi Haotian (Verteidigungsminister), die Mitglieder des ZK-Sekretariats Wen Jiabao und Luo Gan (ein Absolvent der Bergakademie Freiberg/Sachsen) sowie

die regionalen Parteisekretäre Jia Qinglin, Li Changchun und Wu Guanzheng. Auffällig ist, daß sich unter den 22 Vollmitgliedern des Politbüros nun fünf Absolventen der Qinghua-Universität in Beijing befinden (Zhu Rongji, Hu Jintao, Wu Bangguo, Huang Ju und Wu Guanzheng), die mit Abstand die wichtigste „Kaderschmiede“ der amtierenden Führungsgeneration ist.

Bemerkenswert ist auch die starke Repräsentation von Provinzfürhungen im Politbüro. Unter den 22 Vollmitgliedern finden sich immerhin fünf regionale Parteisekretäre (darunter drei Neulinge), einer mehr als 1992. Der 65jährige Xie Fei hat sich als Repräsentant Guangdongs im Politbüro genauso halten können wie der Shanghaier Vertreter Huang Ju. Mit Li Changchun, dem Provinzparteisekretär der – nach der Herauslösung Chongqings aus der Provinz Sichuan – nun bevölkerungsreichsten Provinz Henan, wurde ein Repräsentant der wirtschaftlich rückständigen, aber politisch gewichtigen zentral- und westchinesischen Regionen ins Politbüro aufgenommen. Li Changchun gilt als reformorientierter, gegenüber Beijing loyaler Politiker, der aufgrund früherer Arbeitserfahrungen in der Provinz Liaoning auch mit den Besonderheiten der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Nordosten gut vertraut ist. Auch die beiden anderen neuen Repräsentanten aus regionalen Parteiführungen bringen Arbeitserfahrungen in gleich zwei Provinzen mit: Jia Qingling (Stadtparteisekretär Beijings, zuvor sechs Jahre lang in der Provinz Fujian) und Wu Guanzheng (Provinzparteisekretär in Shandong, zuvor elf Jahre lang in Jiangxi) gelten als loyale Unterstützer Jiang Zemins.

Mit dem altersbedingten Ausscheiden Liu Huaqings gibt es nun keine militärische Repräsentation mehr auf der Ebene des Ständigen Ausschusses des Politbüros (sieht man einmal von Jiang Zemin ab, der ja auch Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist). Mit dem Ausscheiden von Liu Huaqing und Yang Baibing aus dem Politbüro (bzw. von Liu Huaqing und Zhang Zhen aus der ZK-Militärkommission) und durch den Aufstieg der Generäle Zhang Wannian und Chi Haotian hat sich Jiang Zemins Position in der Militärführung verbessert. Zhang Wannian, der sehr gute Beziehungen zu Jiang Zemin unterhalten soll, wurde zugleich als Sekretär des ZK-Sekretariats in eine hervorgehobene Parteiposition befördert. Insgesamt lassen sich diese personellen Veränderungen als Zeichen dafür deuten, daß die Kontrolle der zivilen Parteiführung über die Militärführung zumindest derzeit gesichert scheint. Dies könnte sich positiv beispielsweise auf die Suche nach einer friedlichen Lösung in der Taiwan-Frage auswirken.

Fazit

Der XV. Parteitag der chinesischen Kommunisten ist im wesentlichen durch drei Ergebnisse gekennzeichnet: durch ein mit großen Risiken behaftetes Bekenntnis zur überfälligen Reorganisation der Staatsbetriebe, durch eine einstweilige Konsolidierung der Parteiführung um Jiang Zemin und durch eine gefährlich geringe Bereitschaft zur institutionellen Erneuerung und Öffnung des politischen Systems.

Die „Dritte Führungsgeneration“ um Jiang Zemin hat sich in den chinesischen Medien jüngst als kompetentes Kollektiv feiern lassen, das der Bevölkerung die wirtschaftlich erfolgreichsten und auch politisch stabilsten Jahre in der Geschichte der VR China beschert habe (siehe etwa Xinhua, 1.9.1997). Die wirtschaftspolitischen Verdienste der vergangenen fünf Jahren – hohe Wachstumsdynamik, fortschreitender Strukturwandel und zuletzt auch eine niedrige Inflation – sind kaum bestrittbar. Dennoch bleibt erhebliche Skepsis gegenüber der künftigen wirtschaftlichen und politischen Stabilität Chinas angebracht. Die nun angekündigte Reform des Staatssektors wird zu einer Verschärfung der sozialen und politischen Spannungen führen. Die massenhafte Freisetzung von bisher privilegierten Staatsarbeitern erscheint unausweichlich (tatsächlich haben bereits 1996 rund acht Millionen Angestellte in Staatsbetrieben ihren Arbeitsplatz verloren), so daß die Zahl der „Reformverlierer“ und der Druck der sozialen Frage mangels tragfähiger Auffangsysteme weiter wachsen wird.

Darüber hinaus wird mit der geplanten Neuverteilung der Vermögenswerte im Staatssektor aller Voraussicht nach eine gewaltige Welle der Korruption ausgelöst werden, die den Legitimationsverlust des Regierungssystems und die organisatorische Erosion der Kommunistischen Partei weiter verschärfen kann. Die Reform des politischen und rechtlichen Systems (insbesondere der Aufbau unabhängiger Kontroll- und Aufsichtsinstanzen) aber wurde auf dem Parteitag nicht in Angriff genommen, obwohl die Entstaatlichung der Wirtschaft eine hochpolitische Angelegenheit ist, die Kernbereiche des Macht- und Institutionengefüges – vor allem den umfassenden Kontrollanspruch der Kommunistischen Partei in Wirtschaft und Gesellschaft – betrifft. Im Vorfeld des Parteitages hatten sich starke Strömungen in der Partei bemerkbar gemacht, die politische Reformen für überfällig und sogar vorrangig betrachten. Daß die konstruktiven Aspekte dieser Debatte in den Parteitagsdokumenten praktisch keinen Niederschlag fanden, ist bedenklich: Beijing hat damit die vielleicht letzte Gelegenheit zu einer schrittweisen politischen Neuordnung unter derzeit noch relativ stabilen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen verspielt. Die politisch-institutionelle Stag-

nation wird auf Dauer den Erfolg der Wirtschaftsreformen gefährden oder, falls sie einen katastrophalen Ordnungszusammenbruch nach sich ziehen sollte, sogar zunichte machen.

Die unmittelbar größte Gefahr für die wirtschaftliche und politische Entwicklung droht derzeit aus dem Finanzsystem: Die neue städtische Mittelschicht und die wohlhabenden Familien zahlloser Parteifunktionäre – beide Gruppen gehören zu den „Gewinnern“ und Unterstützern der Reformpolitik – haben einen Großteil ihres Vermögens dem höchst instabilen chinesischen Bankensystem und einem unausgereiften, von Spekulationsgeschäften geprägten Wertpapiermarkt anvertraut. In mehreren Provinzen aber gelten die dortigen Banken – aufgrund einer langjährigen, politisch gelenkten Kreditvergabe an moribunde Staatsunternehmen – inzwischen als insolvent; und an die Börse strebt eine wachsende Zahl von Unternehmen mit wirtschaftlich zweifelhafter Bilanz. Sollte es im Zusammenhang mit der Reorganisation der Staatsunternehmen zu einer akuten Krise des Bankwesens und des Wertpapiermarktes kommen, so könnte dies zu einem abrupten Glaubwürdigkeitsverlust der Reformpolitik insgesamt und zu unvermittelten sozialen und politischen Erschütterungen führen. Von solchen Risiken belastet, gehen die chinesischen Wirtschaftsreformen nun in ihre entscheidende und schwierigste Phase. Es erscheint keineswegs sicher, daß die wirtschaftlichen und politischen Institutionen Chinas den anstehenden Aufgaben gewachsen sein werden.

Anhang: Führungsorgane der Kommunistischen Partei nach dem XV. Parteitag

Politbüro

Ständiger Ausschuß des Politbüros (7 Mitglieder)

(aufgelistet nach Rang in der Parteihierarchie; in Klammern das Geburtsjahr/Jahr der Übernahme des betreffenden Amtes)

1. Jiang Zemin (1926/1989)
2. Li Peng (1928/1987)
3. Zhu Rongji (1928/1992)
4. Li Ruihuan (1934/1989)
5. Hu Jintao (1942/1992)
6. Wei Jianxing (1931/1997)
7. Li Lanqing (1932/1997)

22 Vollmitglieder des Politbüros:

(aufgelistet nach Strichfolge der chinesischen Namen)

Ding Guan'gen (1929/1992)
Tian Jiyun (1929/1985)
Zhu Rongji (1928/1992)
Jiang Zemin (1926/1987)
Li Peng (1928/1985)
Li Changchun (1944/1997)
Li Lanqing (1932/1992)
Li Tieying (1936/1987)
Li Ruihuan (1934/1987)
Wu Bangguo (1941/1992)
Chi Haotian [VBA] (1929/1997)
Zhang Wannian [VBA] (1928/1997)
Luo Gan (1935/1997)
Hu Jintao (1942/1997)
Jiang Chunyun (1930/1994)
Jia Qinglin (1940/1997)
Qian Qichen (1928/1992)
Huang Ju (1938/1994)
Wei Jianxing (1931/1992)
Wen Jiabao (1942/1997)
Xie Fei (1932/1992)

2 Kandidaten des Politbüros:

Zeng Qinghong (1939/1997)
Wu Yi [weiblich] (1938/1997)

Ausgeschieden aus dem Politbüro:

Tan Shaowen (bereits 1992 verstorben); Chen Xitong (1995 wegen Korruptionsvergehen ausgeschlossen); Qiao Shi, Liu Huaqing [VBA], Zou Jiahua, Yang Baibing [VBA], Wang Hanbin (1997 aus Altersgründen zurückgetreten).

ZK-Sekretariat

7 ZK-Sekretäre:

Hu Jintao (1942/1992)
Wei Jianxing (1931/1992)
Ding Guan'gen (1929/1992)
Zhang Wannian (1928/1997)
Luo Gan (1935/1997)
Wen Jiabao (1942/1992)
Zeng Qinghong (1939/1997)

Ausgeschieden aus dem ZK-Sekretariat:

Ren Jianxin (1925/1992)
Jiang Chunyun (1930/1994)
Wu Bangguo (1941/1994)

ZK-Militärkommission

Vorsitzender:

Jiang Zemin (1926/1989)

2 Stellvertretende Vorsitzende:

Gen. Zhang Wannian (1928/1995)
Gen. Chi Haotian (1929/1995)

4 Einfache Mitglieder:

Gen. Fu Quanyou (1930/1992)
Gen. Yu Yongbo (1931/1992)
Gen. Wang Ke (1931/1995)
Gen. Wang Ruilin (1929/1995)

Ausgeschieden:

Liu Huaqing (1916/1989)
Zhang Zhen (1914/1992)

ZK-Disziplinkontrollkommission

Sekretär:

Wei Jianxing (1931/1992)

6 Stellvertretende Sekretäre

15 Mitglieder des Ständigen Ausschusses

115 Mitglieder insgesamt

